

Herausgeber und verantwortl. Redakteur
Karl H o n a y

Wien, Mittwoch, dem 10. September 1924.

Der Leuchtbrunnen in Betrieb. Während der Messe wird der Leuchtbrunnen am Schwarzenbergplatz täglich von 8 bis 9 Uhr abends beleuchtet werden.

Die Kanalräumungsgebühren unverändert. Für den Monat September bleiben die Kanalräumungsgebühren unverändert und betragen daher das Zwanzigfache des Mietzinses, der für den Monat August 1914 bezahlt wurde.

Veränderungen im Bezirksschulinspektionsdienst. Der Stadtschulrat für Wien hat den Bezirksschulinspektor Josef Gütter provisorisch mit der Führung der Amtsgeschäfte des Bezirksschulinspektors für den XII. Inspektionsbezirk und mit der Inspektion der dem Bereiche der Volksschule angehörenden Lehranstalten von Floridsdorf betraut. Mit der Führung der Amtsgeschäfte des Bezirksschulinspektors für den VI. Inspektionsbezirk und mit der Inspektion der dem Bereiche der Volksschule angehörenden Lehranstalten von Rudolfsheim und Fünfhaus wurde Bezirksschulinspektor August Miklas vom Stadtschulrat betraut.

Der Ausbau der Tuberkulosefürsorge. Ueber Antrag des städtischen Wohlfahrtsreferenten amtsführenden Stadtrat Professor Tandler hat der Gemeinderatsausschuß für Wohlfahrtseinrichtungen beschlossen, daß die Zahl der Fürsorgesprechstunden für jeden Arzt in den Fürsorgestellen für Tuberkulose in Margareten, Simmering, Meidling, Rudolfsheim und Ottakring von vier auf acht Stunden wöchentlich und in den Tuberkulosefürsorgestellen in der Leopoldstadt, in Favoriten und Hernals von vier auf sechs Stunden wöchentlich zu erhöhen ist.

Einspruch der Regierung gegen die erhöhte Wohnbausteuer. Der Wiener Gemeinderat als Landtag hat am 16. Juli 1924 eine Novelle zum Wohnbausteuer-gesetz beschlossen, die eine Erhöhung dieser Steuer vorsieht. Diese Erhöhung musset beschlossen werden, um wenigstens einen teilweisen Ersatz für den Verlust an Einnahmen zu schaffen, den das Abgabenteilungsgesetz der Gemeinde gebracht hat. Gegen den Beschluss des Wiener Landtages hat die Bundesregierung nunmehr am Ende der achtwöchigen Frist Einspruch erhoben mit der Begründung, daß die Erhöhung der Wohnbausteuer für Geschäftslokali-täten mit einem Friedenszins über 12.000 Kronen eine zu starke Belastung bringe. Dieser Einspruch ist umso verwundlicher, als die Realsteuerbelastung in den anderen Ländern beträchtlich höher als in Wien ist. Mit der Frage des weiteren Vorgehens in dieser Angelegenheit wird sich nun zunächst der Klub der Sozialdemokraten im Wiener Gemeinderat beschäftigen.

Zum Konflikt in der Metallindustrie. Bürgermeister Seitz hat sowohl an den Hauptverband der Industrie, als auch an den Verband der Metallarbeiter je ein Schreiben gerichtet, in dem er auf die Gefahren verwies, die der Lohnkonflikt in der Metallindustrie für Wien nach sich ziehen könnte, weshalb er die beiden Verbände ersuchte, ihn über die Lage persönlich zu informieren. Diesem Wunsche entsprechend, erschienen heute mittags für den Verband der Metallarbeiter die Abgeordneten Dones und Wiedenhofer. Um 6 Uhr abends sprachen beim Bürgermeister Präsident Urban und einige Herren des Vorstandes des Hauptverbandes der Industrie vor. Sie informierten den Bürgermeister über den Stand des Konfliktes, wobei sich zeigte, daß die Meinungsverschiedenheiten sehr gross sind. Nichtsdestoweniger ist es nicht ausgeschlossen, daß morgen eine direkte Fühlungnahme der beiden Teile erfolgen wird. Bürgermeister Seitz dankte den Herren für ihre Mitteilungen und gab der Hoffnung Ausdruck, daß trotz aller Gegensätze der direkte Verkehr eine Annäherung bringen werde, was im Interesse der gesamten Volkswirtschaft wünschenswert sei.